

ONLINE-PUBLIKATION

Felix Syrovatka

Die Rückkehr der Modernisten

Der untypische Präsidentschafts-
kandidat Emmanuel Macron
und seine Bewegung
«En Marche!»

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

FELIX SYROVATKA studierte Politikwissenschaften in Marburg, Rennes (Frankreich) und Berlin.
Derzeit promoviert er zur europäischen Arbeitsmarktpolitik an der Universität Tübingen.
Er ist zudem Autor des Buches «Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise».

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 6/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: März 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

FELIX SYROVATKA

DIE RÜCKKEHR DER MODERNISTEN DER UNTYPISCHE PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT EMMANUEL MACRON UND SEINE BEWEGUNG «EN MARCHE!»

Emmanuel Macron ist der neue Shootingstar in der französischen Politik. Wie kein anderer hat er die politische Landschaft verändert und sich von einem politischen Außenseiter zum Anwärter auf das Amt des Staatspräsidenten Frankreichs hochgearbeitet. Er ist derzeit der der erfolgsversprechendste Kandidat für den Posten im Élysée-Palast und führt mit deutlichem Abstand die Umfragen an.

Sein kompetenter Aufstieg fällt in eine Zeit, in der das politische System Frankreichs in einer schweren Krise steckt. Der Niedergang der beiden Staatsparteien, der sozialdemokratischen Parti Socialiste (PS) und den konservativen Les Républicains (LR), bedeutet den Zusammenbruch des über Jahrzehnte stabilen Zwei-Parteien-Systems. Dieser Zerfallsprozess öffnete jedoch auch Raum für die Erneuerung kleiner Parteien oder den Aufstieg neuer politischer Kräfte. Selten ist dies so deutlich geworden wie im aktuellen Präsidentschaftswahlkampf. Mit Marine Le Pen und Emmanuel Macron führen zwei politische «Außenseiter» die Umfragen an, die bisher nicht im politischen System Frankreichs vertreten sind. Beide sind damit in erster Linie Profiteure der Krise des alten politischen Systems, stehen jedoch gleichzeitig für neu entstandene «Konfliktlinien im Kapitalismus» (Kocka 2017; Zürn 2016). Während im öffentlichen Diskurs der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in den Hintergrund gerückt zu sein scheint, dominieren im Präsidentschaftswahlkampf Fragen zu Migration und zur Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene. In beiden Fragen stehen sich Macron und Le Pen wie zwei Pole gegenüber. Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung zwischen «progressivem Neoliberalismus und reaktionärem Populismus» (Fraser 2017) scheint in Frankreich ihren politischen Ausdruck in den derzeit aussichtsreichsten KandidatInnen für das Präsidentenamt zu finden. Emmanuel Macron repräsentiert dabei den linksliberalen und kosmopolitischen Pol der französischen Gesellschaft: proeuropäisch, liberal und wirtschaftsfreundlich. Mit seiner «Bewegung» «En Marche!» vereint er eine Vielzahl an politischer und medialer Prominenz ganz unterschiedlicher politischer Herkunft. Seine Wahl könnte das politische System grundlegend verändern und den Niedergang der französischen Sozialdemokratie besiegeln (Syrovatka 2016b). Im Folgenden wird daher sein Aufstieg zum Präsidentschaftskandidaten nachgezeichnet, sein politisches Programm erörtert und seine Rolle im politischen System Frankreich analysiert.

VOM INVESTMENTBANKER ZUM PRÄSIDENTEN?

Der Aufstieg von Emmanuel Macron gleicht einer Bilderbuchlaufbahn. Als Sohn einer Ärztin und eines Medizinprofessors studierte an den renommierten französischen Elitehochschulen Science Po und ENA. Während seiner Studienzeit arbeitete er bei dem Philosophen Paul Ricœur als Assistent und nach seinem Studium für kurze Zeit im einflussreichen neoliberalen Thinktank Institute Montaigne. Nach vierjähriger Tätigkeit bei der Investmentbank Rothschild empfahl ihn der prominente Wirtschaftswissenschaftler und langjährige Berater von François Mitterrand, Jacques Attali, 2012 dem neu gewählten Präsidenten François Hollande als Berater in Wirtschafts- und Finanzfragen. 2014 ernannte ihn Premierminister Manuel Valls nach einer Regierungsumbildung zum Wirtschaftsminister.

Er gilt als der Kopf hinter der unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik der derzeitigen sozialistischen Regierung. Das sogenannte CICE-Programm, das Unternehmen von steuerlichen Abgaben in Höhe von 30 Milliarden Euro pro Jahr befreite, konzipierte er noch als Präsidentschaftsberater. Damals überzeugte er François Hollande, von seinem nachfrageorientierten Wirtschaftskurs abzuweichen. Das nach ihm benannte «Loi Macron» dagegen verantwortete er bereits als Wirtschaftsminister. Das umfangreiche Reformprojekt beinhaltete eine ganze Reihe an Maßnahmen, unter anderem eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und eine Lockerung der Nacht- und Sonntagsarbeit. Auch Teile der umstrittenen Arbeitsrechtsreform «Loi El Khomri» sind durch das Wirtschaftsministerium und auf Initiative von Emmanuel Macron zustande gekommen. Nicht grundlos schwärmte Pierre Gattaz, Präsident des größten französischen Unternehmensverbandes MEDEF, bei der Ernennung Macrons zum Wirtschaftsminister: «Anders als sein Vorgänger kennt Macron die Unternehmen, er kennt die Marktwirtschaft und er kennt die Globalisierung» (Le Figaro, 27.8.2014). Es sind daher in erster Linie die großen Unternehmen, die die Kandidatur von Emmanuel Macron für die Präsidentschaftswahlen begrüßen und seine Wahlkampagne finanziell unterstützen. Mit 35 Prozent ist er in Umfragen derzeit der unangefochtene Favorit der sogenannten *cadres*, also der französischen Führungskräfte. Kein anderer Präsidentschaftskandidat genießt ein solches Vertrauen bei den wirtschaftlichen Eliten (ELABE 2017: 12). Es wäre also

nicht unbegründet, Emmanuel Macron in Anlehnung an die Hegemonietheorie des marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci als «organischen Intellektuellen des transnational agierenden Kapitals» (Syrovatka 2016a: 185) zu bezeichnen.

Trotz seiner steilen Karriere ist Macrons Lebenslauf ebenso ein Musterbeispiel für das französische Phänomen des «Staatsadels». Der französische Soziologe Pierre Bourdieu (2004) beschreibt mit diesem Begriff die Selbstreproduktion der ökonomischen und politischen Eliten in Frankreich. Diese rekrutieren sich fast ausschließlich über die *Grandes Écoles*, zu denen Menschen aus den unteren Klassen, den sogenannten *classes populaire*, so gut wie keine Zugang haben.¹ Dadurch entstand in Frankreich eine politische und ökonomische Schicht, deren Angehörige aufgrund der spezifischen Form ihrer Ausbildung sowie ihrer Konzentration in gehobenen Positionen in den Staatsapparaten und in privatwirtschaftlichen Unternehmen, eng miteinander verbunden sind. Daher ist es nicht seine Weltanschauung, die Macron zur Sozialistischen Partei brachte, sondern vielmehr die spezifische Konfiguration seiner (Karriere-)Netzwerke. Obwohl er von Hollande jahrelang gefördert wurde und Minister in dessen Regierung war, ist er niemals der PS beigetreten. In einem Interview bemerkte er sogar einmal, er sei gar kein Sozialist ist und fühle sich nur den «liberalen Werten der Linken» verpflichtet. Diese Unabhängigkeit von der PS verschaffte ihm bei der Wahrnehmung seines Amtes viel Beifreiheit, war er doch nicht auf die Zustimmung der Parteibasis angewiesen.

Schon während seiner Zeit als Wirtschaftsminister konnte Emmanuel Macron hohe Beliebtheitswerte verbuchen. Die Befragten verbanden mit ihm Attribute wie Mut, Modernität und Dynamik, Eigenschaften, die sonst nicht mit der sozialdemokratischen Regierung in Zusammenhang gebracht wurden. Anfang 2016 wurde deutlich, dass Hollande bei den kommenden Präsidentschaftswahlen keine Chancen auf eine Wiederwahl mehr haben würde und dass die Sozialistische Partei nach dessen desaströser Regierungszeit vor einem politischen Scherbenhaufen stehen würde. Um nicht zusammen mit seinem ehemaligen Förderer in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken, rief Macron im April 2016 dann zur Gründung einer «Bewegung» mit dem Namen «En Marche!» auf, von der er zunächst behauptete, sie sei eine Plattform für verschiedene politische Ideen und Kräfte, um Konzepte zu entwickeln, wie Frankreich die multiplen Krisen überwinden kann. Obwohl er dies lange Zeit abstritt, war diese Gründung aber ein gezielter Schritt in Vorbereitung seiner eigenen Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2017. Ende August 2016 trat Macron von seinem Posten als Wirtschaftsminister zurück. Er machte damals deutlich, dass er eine radikalere Reformpolitik durchgesetzt hätte, jedoch durch die Regierung und Präsident Hollande gestoppt worden sei. Auch wenn er auf eine offene Kritik an Hollande bis heute verzichtet, wird in seinen Statements deutlich, dass er dessen Inkonsequenz und zögerlichen Regierungsstil für die ökonomische Rezession verantwortlich macht.

Die offizielle Ankündigung seiner Kandidatur Mitte November 2016 wurde dann auch als eine Kampfansage an seine ehemaligen Kabinettskollegen verstanden. Aus der «Bewegung» «En Marche!» wurde eine effiziente Wahlplattform für Emmanuel Macron, der sich in wenigen Monaten mehr als 205.000 UnterstützerInnen anschlossen. Zwar ist die «Mitgliedschaft» bei «En Marche!» kostenfrei und vergleichsweise einfach online zu beantragen. Jedoch ist bei den verschiedenen Wahlauftritten von Emmanuel Macron deutlich geworden, dass er durchaus über eine aktions- und mobilisierungsfähige «Basis» verfügt.

¹ Der derzeitige Anteil von Studierenden aus den *classes populaires* an den *Grandes Écoles* beträgt knapp 4 Prozent (Keslassy 2010).

POLITISCHE UNTERSTÜTZER UND MEDIALE STRATEGIE

Mit seinem neoliberalen Managerhabitus sowie seiner rhetorischen Brillanz hebt sich Emmanuel Macron deutlich von anderen politischen Akteuren in Frankreich ab. Mit seinen 39 Jahren gilt er als Youngster in der französischen Politik. Trotz seinen langjährigen politischen Erfahrungen als Präsidentschaftsberater und Wirtschaftsminister kann er sich in der Öffentlichkeit als Quereinsteiger darstellen. Macron gibt sich modern, weltgewandt, unkonventionell und als ein Vertreter der «Generation Erasmus». Er sieht sich als Anführer progressiver und pragmatischer Kräfte, die er zu einer «dritten Kraft» formieren möchte, um «Blockaden» zu überwinden und das Land mithilfe technokratischer Ansätze und modernster Methoden reformieren zu können. «En Marche!» ist dabei seine Plattform, die scheinbar über den etablierten Parteien und ihren «ideologischen Auseinandersetzungen» steht. Zugleich präsentiert sich Macron als Retter der Demokratie und Europas, hinter dem sich alle demokratischen Kräfte versammeln können, um einen Wahlsieg der Rechtspopulistin Marine Le Pen zu verhindern. Sein linksliberales Profil sowie die programmatische Schwerpunktsetzung auf Chancengleichheit, Freiheit und Sicherheit machen ihn für breite Wählerschichten rechts und links der politischen Mitte attraktiv.

Als Kandidat des liberalen und kosmopolitischen Pols erhält Emmanuel Macron vor allem aus den Reihen der Sozialdemokratie und den Grünen starke Unterstützung. Viele rechte SozialdemokratInnen haben sich nach der Wahl von Benoît Hamon zum Spitzenkandidaten der PS Macrons «Bewegung» angeschlossen. Darunter sind auch viele prominente PS-PolitikerInnen, die entgegen der offiziellen Parteilinie zur Wahl von Macron aufgerufen haben, darunter der ehemalige Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, der amtierende Bürgermeister von Lyon, Gérard Collomb, mehrere Abgeordnete der Nationalversammlung sowie Nicole Bricq, vormals Ministerin für Außenhandel. Zuletzt wurde darüber spekuliert, ob der ehemalige Premierminister Manuel Valls seinem früheren Kabinettskollegen ebenfalls öffentlich den Rücken stärken wird. In einem Interview in der Illustrierten *Paris Match* (14.3.2017) hatte dieser seine politische Nähe zu Emmanuel Macron angedeutet. Allein die mediale Diskussion zeigt, wie zerrissen die französische Sozialdemokratie derzeit ist. Sollte sich der Kreis der bekennenden Macron-UnterstützerInnen aus der PS noch vergrößern, würde dies die Spaltung der Partei noch vertiefen und ihren Niedergang beschleunigen.

Unter seinen wohl bekanntesten Fürsprechern finden sich des Weiteren der frühere erste Sekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Robert Hue, sowie der Grünenpolitiker und ehemalige Studentenführer Daniel Cohn-Bendit. Beide äußerten ihre uneingeschränkte Unterstützung für seine Kandidatur. Ebenso wird Macron von der liberalen Partei Mouvement démocrate und ihrem Vorsitzendem François Bayrou unterstützt. Dieser verzichtete ihm zugunsten sogar auf seine eigene Präsidentschaftskandidatur. Zusätzlich hat Macron großen Rückhalt in der Wirtschaft und kann auf die Zuarbeit von verschiedenen renommierten Thinktanks zurückgreifen. So hat er etwa zahlreiche Ideen und Analysen vom arbeitgebernahen Institute Maigne übernommen (Mauduit 2017). Der Leiter des Instituts, Laurent Bigorgne, ist selbst Mitbegründer der «Bewegung» und gilt als enger Freund Macrons. Kurz nach der Initiierung war seine Privatadresse als offizielle Anschrift auf der Homepage von «En Marche!» zu finden.

Ein genauerer Blick auf die Liste der Gründungsmitglieder zeigt zudem enge Verbindungen zu Industrie und Hochfinanz (Denord/Lagneau-Ymone 2017). Josseline de Clausade, Mitglied im Vorstand der französischen Supermarktkette Casino, gehört genauso dazu wie der Industrieanwalt Jean-Michel Darrois und Stéphan Boujnah, CEO des Börsenbetreibers Euronext.² Letzterer betreibt die Börsen in Amsterdam, Paris, Brüssel und Lissabon und ist ein enger Vertrauter von Dominique Strauß-Kahn (Le Monde, 15.11.2015: 39). Zudem sind zwei Nahmen aus dem direkten Wahlkampfteam von Macron zu nennen: zum einen Christian Dargnat, früherer Asset-Manager bei den Banken BNP und Crédit Agricole, zuletzt beim Arbeitgeberverband MEDEF beschäftigt und heute für die Geldakquirierung bei «En Marche!» zuständig; zum anderen Alexis Kohler, früherer Kabinettschef Macrons im Wirtschaftsministerium und heute Chief Financial Officer bei MSC, der zweitgrößten Reederei der Welt. Er gilt als engster Vertrauter Macrons und fungiert offiziell als sein wichtigster Berater.

Nicht ungenannt bleiben dürfen zudem die beiden einflussreichen französischen Ökonomen Jacques Attali und Jean Pisani-Ferry. Beide genießen in Frankreich ein hohes Ansehen und ihre Meinung wird breit rezipiert. Attali, ehemaliger Präsidentschaftsberater von François Mitterrand und einer der wichtigsten Vordenker des französischen Neoliberalismus, hatte einen enormen Einfluss auf die Karriere von Macron und hat inzwischen eine Wahlempfehlung für seinen «engen Freund» abgegeben. Jean Pisani-Ferry ist noch einen Schritt weitergegangen. Der renommierte Volkswirt und ehemalige Chef der europäischen Denkfabrik BRUGEL hat zur Unterstützung von Emmanuel Macron seinen Job als Präsidentschaftsberater von Hollande aufgegeben und sich Macrons Wahlkampfteam angeschlossen. Er hat große Teile des Wahlprogramms von «En Marche!» zu verantworten.

² Mehrere Zeitungen (Denord/Lagneau-Ymone 2017; Silbert 2017) verweisen darauf, dass die genannten MitbegründerInnen von «En Marche!» alle zuvor der «Wachstumskommission» von Nicolas Sarkozy angehörten und den sogenannten Attali-Bericht zu verantworten haben. Auch Emmanuel Macron gehörte damals als Vizegeneralreferent zu den VerfasserInnen der Studie.

«EIN NEUES FRANKREICH BAUEN!» – DAS POLITISCHE PROGRAMM

Lange Zeit war die programmatische Ausrichtung von Emmanuel Macron unklar. Zwar hatte sich Macron in seiner Zeit als Wirtschaftsminister unternehmensfreundlich und wirtschaftsliberal gezeigt und verschiedene Anspielungen in Reden und Interviews gemacht, jedoch fehlten seiner Kandidatur kohärente politische Forderungen und Konzepte. Ende März 2017 präsentierte Macron dann das rund 300 Seiten starke Programm seiner «Bewegung» der Öffentlichkeit. Nach eigenen Angaben ist es in einem Konsultationsverfahren mit rund 400 ExpertInnen sowie auf zahlreichen lokalen Bewegungstreffen von «En Marche!» erarbeitet worden, um fachpolitische Know-how mit den Problemwahrnehmungen der Menschen zusammenzubringen. Die im Programm vertretene zentrale These lautet: Frankreich ist nicht mehr reformierbar. Vielmehr müsse das Land radikal umgestaltet werden.

Das Programm definiert mit Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Sicherheit, Außenpolitik und Demokratie sechs Schlüsselsektoren für den gesellschaftlichen Umbau. Ziel der Maßnahmen sei die «Wiederherstellung der Position Frankreichs in Europa und dem Rest der Welt» (Macron 2017: 3).

Folgende Vorhaben sind dabei zentral:

1. Verbesserung der Grundschulbildung:

Die Mehrzahl der geplanten Maßnahmen im Bildungsbereich konzentriert sich auf die ersten drei Grundschuljahre. Um das Versprechen «gleicher Startbedingungen» (ebd.: 16) einzuhalten, will Macron den Hebel dort ansetzen, wo die grundlegenden Fähigkeiten vermittelt werden. Dafür sollen die Grundschulen mehr Freiheiten in der Lehrplangestaltung und bei der methodischen Umsetzung erhalten. In «Problemvierteln» wie den Pariser Banlieues will Macron die Klassenstärke in den ersten beiden Grundschuljahren auf zwölf SchülerInnen begrenzen, um sicherzustellen, dass jedes Kind die Grundlagen der französischen Sprache erlernt. Dafür sollen zusätzliche LehrerInnen ausgebildet werden und deren Bezahlung soll deutlich erhöht werden. Ebenso sieht das Programm die Wiedereinführung von zweisprachigen Klassen, eine verstärkte Förderung von Nachhilfeunterricht sowie eine Modernisierung des Zentralabiturs vor.

2. Entlastung von Unternehmen und Aktivierung von Arbeitssuchenden:

Macron sieht die Arbeitsmarktpolitik als zentrale Stellschraube seiner Wirtschaftspolitik. Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung werden als größtes Problem in Frankreich identifiziert und ihre Ursachen in angebotspolitischen Barrieren und Hürden verortet. Macron will Unternehmen steuerlich entlasten und Selbstständigkeit fördern. Bürokratische Hürden sollen abgebaut und Steuerfreibeträge verdoppelt werden. Ziel der Maßnahmen ist es, die Arbeitskosten zu reduzieren und somit Einstellungen zu erleichtern. Die Einstellung von Geringqualifizierten und MindestlohnverdienerInnen soll durch einen Wegfall von Sozialabgaben gefördert werden. Überstunden etwa sollen von Sozialabgaben ausgenommen und steuerlich besser gestellt werden. Die dadurch entstehenden Ausfälle in den Sozialkassen will Macron durch eine Erhöhung der Sozialsteuer CSG ausgleichen.

Parallel ist eine stärkere «Aktivierung» von Arbeitssuchenden geplant. Die finanzielle Mittel der Arbeitsämter (*pôle emploi*) sollen ebenso wie die Personaldecke aufgestockt werden, um eine stärkere Kontrolle und Überwachung von LeistungsbezieherInnen zu gewährleisten. Dazu will Macron auf die arbeitsmarktpolitischen Rezepte von Nicolas Sarkozy zurückgreifen. Dieser hatte Anfang 2008 eine Änderung der Arbeitslosenversicherung durchsetzen können, welche stärkere Aktivierungsmechanismen beinhaltete (Syrovatka 2016a: 113 ff.). Aufgrund des Personalmangels in den Arbeitsämtern konnte diese jedoch nie wirklich im geplanten Umfang umgesetzt werden. Macron schließt nun daran an. «Aktivierungs- und Sanktionselemente» in der Arbeitslosenversicherung sollen verstärkt und ausgebaut werden. Jedem, der zwei Arbeitsangebote ablehnt oder dessen «Intensität der Jobsuche» den Arbeitsämtern nicht ausreichend erscheint, soll die Arbeitslosenunterstützung vollständig gestrichen werden können. Zudem plant Macron eine Verstaatlichung der bisher durch die Konfliktparteien verwalteten Arbeitslosenversicherung und ihre Universalisierung. Künftig sollen auch ArbeitnehmerInnen, die von sich aus kündigen, sowie Bauern, Selbstständige, HandwerkerInnen etc. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

3. Vereinheitlichung des Rentensystems:

Macron plant, gleich nach seinem Amtsantritt mit den Konfliktpartnern über eine Vereinheitlichung der verschiedenen, berufsgruppenspezifischen Rentensysteme zu verhandeln. Notare, Beamte, Bergbauarbeiter, die Beschäftigten der Staatsbahn oder des Betreibers des Pariser öffentlichen Nahverkehrs RATP verfügen derzeit über eigene, historisch gewachsene Rentensysteme, die oftmals deutlich bessere Leistungen anbieten als die

normale staatliche Rentenversicherung. Macron hat vor, die 37 Sonderrentensysteme in das normale Rentensystem einzugliedern und anzugleichen.

4. Reduzierung der Staatsausgaben:

Das Wahlprogramm verspricht, die öffentlichen Ausgaben nach Vorgaben der europäischen Institutionen auf 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu senken. Bei einem Wachstumsziel von 1,4 Prozent für 2017 und 1,8 Prozent für 2022 sieht Macron Einsparungen in Höhe von 60 Milliarden Euro vor: 15 Milliarden Euro im Gesundheitswesen, 10 Milliarden bei den Gebietskörperschaften, 10 Milliarden aufgrund der Reduzierung der Arbeitslosenquote auf 10 Prozent und 25 Milliarden Euro im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung.

5. Modernisierung durch staatliche Investitionen:

Das zentrale Ziel des dritten Schwerpunkts in Macrons Wahlprogramm ist die ökologische Modernisierung der französischen Wirtschaft. Dafür will er ein Investitionsprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro auflegen. Davon sollen 15 Milliarden Euro für die Um- und Weiterbildung von Jugendlichen und Arbeitssuchenden eingesetzt werden, weitere 15 Milliarden Euro für den ökologischen und energetischen Umbau der französischen Wirtschaft und die Förderung der «Industrie der Zukunft» und weitere 20 Milliarden Euro für den Umbau der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft und des Verkehrswesens. Konkret plant Macron die staatliche Subventionierung «umweltfreundlicherer» Autos oder der Verwendung von Bioprodukten in Schulkantinen. Von dem Verkauf von staatlichen Unternehmensanteilen verspricht sich Macron mehr als 10 Milliarden Euro an Einnahmen, um damit einen Innovationsfonds aufzulegen, mit dem der Umbau der französischen Industrie finanziert werden kann.

6. Umfangreiche Steuerreform:

Im Wahlprogramm finden sich zahlreiche steuerpolitische Vorschläge. So ist geplant, die Unternehmenssteuer von 33 auf 25 Prozent zu senken und eine *flat tax* von 30 Prozent auf alle Kapitalerträge einzuführen. Die Sozialsteuer zur Subventionierung der Sozialsysteme CSG soll um 1,7 Prozent steigen. Zudem soll vier Fünfteln der französischen Haushalte die Wohnsteuer erlassen werden und die Vermögenssteuer aufgeweicht werden.

7. Mehr Polizei und höhere Militärausgaben:

Macron plant einen gewaltigen Ausbau des repressiven Staatsapparates: Die Polizei soll aufgerüstet und die Personaldecke um 10.000 neue Stellen aufgestockt werden. Die Kompetenzen der Polizei sollen ausgeweitet, das Strafmaß für bestimmte Delikte wie Beamtenbeleidigung oder Widerstand gegen die Staatsgewalt soll deutlich erhöht werden, zudem sollen 15.000 neue Gefängnisplätze entstehen. Ebenso soll mehr Geld in die Geheimdienste und in die Armee fließen. Macron plant zudem, die Militärausgaben auf 2 Prozent des BIP zu erhöhen und somit den Vorgaben der NATO zu entsprechen. Dadurch soll zum einen sichergestellt werden, dass die Verteidigung französischer Interessen auf der internationalen Ebene, etwa durch eine neue Afrikapolitik, gewährleistet ist. Zugleich verfolgt Macron mit einer Aufstockung des Militärhaushaltes das Ziel, der «neuen weltpolitischen Verantwortung Frankreichs und Europas» gerecht zu werden. Frankreichs Außenpolitik soll dabei in eine gesamteuropäische Strategie eingebettet sein.

8. Mehr Europa:

Der Aufbau einer Verteidigungsunion und eines gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds sind für Macron nur die ersten Schritte, um der weltpolitischen Verantwortung Europas nachzukommen. Macron sieht die Erneuerung und Revitalisierung der deutsch-französischen Achse zudem als Grundlage für einen neuen Integrationsschub in Europa. Um das Defizit an privaten und öffentlichen Investitionen zu beheben, will sich Macron auf der europäischen Ebene für ein gemeinsames Budget der Eurozone einsetzen. Dieses soll von einem Parlament der Eurozone legitimiert und kontrolliert sowie von den Wirtschafts- und Finanzministern gesteuert werden. Darüber hinaus soll die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Industriepolitik eine tiefere ökonomische Integration leisten und mit Wachstum die Krise überwunden werden. Zudem fordert das Programm, die europäischen Außengrenzen durch eine Verstärkung der Grenzagentur Frontex effektiver und dauerhafter zu «schützen». Flüchtlinge seien davon abzuhalten, «illegal» nach Europa zu kommen. Von der Einrichtung von europäischen Checkpoints verspricht man sich eine bessere Steuerung der Einwanderung in die Europäische Union.

9. Bekämpfung von Korruption und «Vetternwirtschaft»:

In Reaktion auf die Enthüllungen über den Präsidentschaftskandidaten der Konservativen, François Fillon, der Frau und Kinder zum Schein angestellt und mehr als eine Million Euro an Steuergeldern veruntreut hat, plant Macron ein Gesetz zur «Förderung der Moral in öffentlichen Ämtern». Inhalt des Gesetzes ist ein Beschäfti-

gungsverbot von Familienmitgliedern sowie ein Verbot von Beratertätigkeiten während der Amtszeit. Vorgesehen ist zudem, steuerliche Vorteile und Sonderregelungen für Abgeordnete abzuschaffen, beide Kammern des französischen Parlaments – Nationalversammlung und Senat – um ein Drittel ihrer Sitze zu verkleinern und alle Parteien finanziell zu bestrafen, die keine in Bezug auf die Geschlechter ausgewogene Kandidatenliste aufstellen. Als Ziel der Maßnahmen wird genannt, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System wiederherzustellen und zugleich eine höhere Repräsentativität der demokratischen Institutionen zu schaffen.

POLITISCHE INSPIRATION VON ANTHONY GIDDENS³

Das Wahlprogramm von Emmanuel Macron kann grob als linksliberal charakterisiert werden. Eine klare politische Einordnung fällt jedoch schwer, da das Programm durch verschiedene politische Strömungen beeinflusst wurde. Es umfasst sowohl neoliberale und progressive als auch konservative Elemente. Letztere finden sich primär im Bereich der Sicherheitspolitik, wo auf eine klassische rechte Law-und-Order-Argumentation zurückgegriffen wird. Mit dem Verweis, Sicherheit sei die Grundlage von Freiheit, bedient sich Macron einer beliebten Rhetorik der Konservativen. Der Konstruktion einer permanenten Gefährdungssituation, die durch die Anschläge von Paris nicht ganz unrealistisch ist, folgt die Forderung nach einer massiven Aufrüstung der repressiven Staatsorgane. Damit wird auf das erschütterte Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung reagiert. Wahltaktisch scheinen die Forderungen nach höheren Strafen und mehr Kompetenzen für die staatlichen Verfolgungsbehörden, was auf eine weitere Verstetigung des immer noch bestehenden Ausnahmezustandes hinausläuft, jedoch in erster Linie auf ein konservatives Wählerklientel zu zielen. Der Kandidat der Les Républicains, François Fillon, ist vielen Konservativen zu rechts, von daher liebäugeln viele mit einer Wahl von Macron. Mit Law-und-Order-Themen hofft dieser vermutlich, diese Wählergruppe von sich überzeugen zu können.

Wirtschaftspolitisch dominieren dagegen die neoliberalen Elemente. Von der Umsetzung der meisten Forderungen und Vorstellungen in diesem Bereich würden primär die Arbeitgeber profitieren. Jedoch wäre es falsch, das wirtschaftspolitische Programm von «En Marche!» ausschließlich als neoliberal zu bezeichnen, verknüpft es doch nachfrage- und angebotsorientierte Maßnahmen. Das staatliche Investitionsprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro, die Anhebung des Mindestlohnes ebenso wie die Einführung einer Mindestrente könnten eine Nachfragestimulierung und eine Förderung der Binnenwirtschaft zur Folge haben. Die Wirkung dieser Maßnahmen würde dabei zentral davon abhängen, wie konsequent die strenge Haushaltsdisziplin durchgesetzt würde. Einsparungen von 25 Milliarden Euro durch die Streichung von öffentlichen Dienstleitungen und den Abbau von rund 120.000 Stellen im öffentlichen Dienst könnten den stimulierenden Effekt des Investitionsprogramms, vor allem wenn es nur zögerlich umgesetzt werden sollte, schnell wieder verpuffen lassen.

Auch viele andere Maßnahmen im Wahlprogramm von Macron haben eine angebotspolitische Schlagseite. Vor allem die geplante Steuerreform sieht fast ausschließlich Entlastungen für die Arbeitgeberseite vor, vorwiegend für die großen Konzerne aus Industrie und Hochfinanz. Insgesamt zielen viele der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf eine Stärkung der exportorientierten Unternehmen und des produzierenden Gewerbes sowie auf eine Entlastung des Finanzkapitals. Unterstrichen wird die stark angebotspolitische Ausrichtung durch das Gros der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Vorschläge. Man setzt in erster Linie auf eine Kostenreduzierung der Ware Arbeitskraft und auf eine Flexibilisierung der Löhne «nach unten». Lohnkosten werden als zentrale Stellschraube zu Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs auf dem Weltmarkt und auf dem europäischen Binnenmarkt angesehen. Eine Voraussetzung für die Umsetzung vieler geplanter Maßnahmen wäre eine Schwächung der Gewerkschaften, um den Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen weiter erhöhen zu können. So würde die geplante Reform des sozialen Dialogs⁴ mit einer weiteren Lockerung des Kündigungsschutzes und einer Aushöhlung des Branchentarifvertrags einhergehen. Aufgrund der schlechten betrieblichen Organisation der französischen Gewerkschaften, insbesondere im Privatsektor, käme dieser Schritt einem Freibrief für die Arbeitgeber gleich, die Arbeitsbedingungen noch stärker nach ihren Wünschen gestalten zu können (Artus 2010; Pernot 2010; Syrovatka 2017).

Damit knüpft das Programm von «En Marche!» im Prinzip an das an, was Macron in seiner Funktion als Wirtschaftsminister von 2014 bis August 2016 unter Präsident Hollande verfolgt hat. Sowohl das «Loi Macron» als auch das «Loi El Khomri» hatten in erster Linie eine Senkung der Lohnkosten zum Ziel. Insgesamt erinnern die

3 Da hier keine systematische Analyse des Wahlprogrammes vor dem Hintergrund der politischen Theorie von Anthony Giddens vorgenommen werden kann, werden im Folgenden nur stichpunktartig Parallelen zwischen Macron und der Idee des «Dritten Weges» aufgezeigt.

4 Der soziale Dialog umfasst verschiedene tripartistische Beratungs- und Entscheidungsgremien von der betrieblichen bis zur nationalen Ebene. Macron plant, den sozialen Dialog dahingehend zu reformieren, dass Entscheidungen auf der betrieblichen Ebene weiter gestärkt werden und damit Einigungen auf Branchenebene oder auf der nationalen Ebene unterlaufen werden können.

vorgesehenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen an die Reformagenden der sozialdemokratischen Regierungen in Deutschland und Großbritannien in den 1990er und 2000er Jahren: «Fördern und Fordern» von Erwerbslosen, umfangreiche Entlastungen der Arbeitgeber, Stärkung von Selbstverantwortung der BürgerInnen und Unternehmergeist, Kürzungen im öffentlichen Dienst, Reform der Sozialsysteme etc. Dahinter steht ein Denken, das von den theoretischen Ideen des britischen Soziologen Anthony Giddens inspiriert ist.⁵ Dieser hatte in seinem 1998 veröffentlichten Buch «Der dritte Weg» verschiedene Thesen für eine Erneuerung der Sozialdemokratie entwickelt (vgl. für einen Überblick Deppe 2010: 242 ff.; Giddens 1999). Giddens (1999: 4 ff.) geht davon aus, dass vor dem Hintergrund der Globalisierung und der «reflexiven Moderne» der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit bedeutungslos geworden ist. Sozialismus und Konservatismus verlören als politischer Ausdruck jenes Antagonismus ebenso an Bedeutung und würden mittelfristig zu «Opfern der Modernisierung» (Deppe 2010: 252). Um dem Niedergang zu entgehen, muss die Sozialdemokratie nach Giddens einen «Dritten Weg» zwischen Konservatismus und Sozialismus einschlagen, der einen Abschied von Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat zur Bedingung und eine «gemischte Wirtschaft» zum Ziel hat. «Die Linke muss sich mit Märkten, der Rolle, die Unternehmen bei der Schaffung von Wohlstand spielen, und der Tatsache anfreunden, dass privates Kapital von entscheidender Bedeutung für Sozialinvestitionen ist» (Giddens 2001: 43). Während die alte Sozialdemokratie eine «obsessive Fixierung auf Ungleichheit» (Giddens 1999: 118) aufweise, verstehe eine moderne Sozialdemokratie «Gleichheit als Inklusion» (ebd.: 123), das heißt als Chancengleichheit im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt. Statt einer kollektiven Versorgung «von der Wiege bis zu Bahre» (ebd.: 58) müsse die Sozialdemokratie fortan für einen Wohlfahrtsstaat eintreten, der soziale Rechte an Verpflichtungen koppelt.

In Frankreich wurde das Buch vor allem von der intellektuellen Strömung «Deuxième Gauche» und der Zeitschrift *Esprit* rezipiert.⁶ Als ehemaliger Redakteur dieser Zeitschrift ist Emmanuel Macron daher mit den Ideen von Anthony Giddens und der französischen Debatte zur Erneuerung der Sozialdemokratie bestens vertraut. Es ist somit nicht verwunderlich, wie ähnlich die politische Argumentation von Macron der von Anthony Giddens ist (vgl. bspw. Macron 2017: 6, 8 u. 30). Denn nicht nur wirtschaftspolitisch knüpfen die programmatischen Vorschläge von Macron an die theoretischen Ideen des «Dritten Weges» an. Es sind vor allem die progressiven Elemente seines Wahlprogramms, die starke Übereinstimmungen aufweisen. So orientieren sich viele Überlegungen, gerade im Schwerpunktbereich Bildung, am Begriff Gleichheit. Dabei ist jedoch weniger materielle oder soziale Gleichheit gemeint, sondern vielmehr im Sinne von Giddens Gleichwertigkeit, Chancengleichheit und Ermöglichung von Eigenverantwortung. Mit dem vorgesehenen «Kulturpass» oder der Förderung von Nachhilfe etwa sollen territoriale und soziale Ungleichheiten behoben und die Startbedingungen für das «große Rennen» (Macron 2017: 16) des Lebens angeglichen werden. Giddens (1999: 137) nennt diese Form der Bildungspolitik «positive Wohlfahrt». Diese grenze sich insofern von einer Politik der «negativen Wohlfahrt» ab, als dass dadurch nicht nur einzelne Gruppen etwa über direkte Finanztransferleistungen alimentiert werden. Vielmehr, so Giddens, würde durch die Inklusionspolitik eine Investition vorgenommen, die der gesamten Gesellschaft diene. Dieser spezifische Gleichheitsbegriff zieht sich durch das gesamte Wahlprogramm von Emmanuel Macron.

Er teilt mit Giddens darüber hinaus eine starke Wertschätzung der Europäischen Union, die er als zentral für die Regulierung und Bearbeitung politischer Konflikte betrachtet. Giddens (2008) argumentiert, dass durch die Globalisierung Probleme entstanden sind, die nicht mehr im nationalen Rahmen gelöst werden können. Daher plädiert er für eine Aufwertung der Europäischen Union, eine Anpassung nationalstaatlicher Entscheidungsmechanismen und eine Abgabe von Kompetenzen an supranationale Institutionen. Ähnlich Emmanuel Macron, der als einziger französischer Präsidentschaftskandidat nicht nur an der EU festhalten, sondern sie erweitern und ausbauen möchte. Für ihn stellt die EU die grundlegende Bedingung dar, um globale Herausforderungen zu meistern und französische Interessen verteidigen zu können. Sowohl wirtschaftspolitisch wie auch in Fragen der Sicherheits- und der Einwanderungspolitik ist die EU für ihn strategisch fundamental. Dabei ist für ihn das besondere deutsch-französische Verhältnis, einschließlich der damit verbundenen Entscheidungsmacht, nicht nur legitim, sondern notwendiger Motor, um den europäischen Einigungsprozess voranzutreiben. Nach einer Kritik an der deutschen Dominanz in Europa oder an der einseitigen Kürzungs- und Verarmungspolitik der deutschen Regierung sucht man in seinem Wahlprogramm daher vergeblich.

5 Nachtwey (2009: 183f) gibt zu bedenken, dass Giddens nicht die sozialdemokratische Politik in Deutschland und Großbritannien inspiriert habe, sondern vielmehr den Wandel sozialdemokratischen Denkens in Europa systematisiert und in Thesen gegossen hat.

6 Macron war als Assistent von Paul Ricœur das erste Mal in Kontakt mit der Redaktion von *Esprit* gekommen, der er ab 2009 selbst angehörte. In der Zeitschrift veröffentlichte er unter anderem einen Artikel zur Temporalität der Politik (Macron 2011). Bei der «Deuxième Gauche» entwickelte er seine Weltanschauung, mit der er sein politisches Handeln bis heute begründet (Denord/Lagneau-Ymone 2017).

FAZIT

Emmanuel Macron ist ein politisches Phänomen. Sein kompetenter Aufstieg zum beliebtesten Politiker und aussichtsreichsten Kandidaten bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen ist bisher in der V. Republik beispiellos. Noch nie hatte ein unabhängiger Kandidat in der Geschichte des modernen Frankreich eine solch große Chance, in den Élysée-Palast einzuziehen. Sein einzigartiger Aufstieg zeugt in erster Linie vom Verschwinden des binären Parteiensystems und von einer tiefen Krise der politischen Repräsentation. Emmanuel Macrons Erfolg kann daher als Ausdruck eines Vertrauensverlustes der französischen Bevölkerung in ihre politische Klasse gedeutet werden. So gaben bei einer landesweiten Erhebung im April vergangenen Jahres 83 Prozent der Befragten an, das demokratische System Frankreichs funktioniere nur sehr schlecht und ihre Interessen seien dort nicht angemessen repräsentiert. Zugleich glauben 89 Prozent, dass es den PolitikerInnen egal ist, was die Bevölkerung denkt, und 92 Prozent beklagten, ihr Vertrauen in die politischen Parteien vollständig verloren zu haben (IPSOS 2016). Für das politische System hat dieser Vertrauensverlust weitreichende Folgen. Die seit den 1980er Jahren zu beobachtende Auflösung traditioneller Parteibindungen hat sich verstärkt und den Niedergang des Zwei-Parteien-Systems besiegelt. Vor allem der Absturz der französischen Sozialdemokratie hat die Kandidatur von Emmanuel Macron erst möglich gemacht.

Vor dem Hintergrund der politischen Krise inszeniert er sich als politischer Quereinsteiger und als Mann ohne Beziehungen und Vergangenheit. Er weiß, dass die Nähe zur politischen Klasse und ihren Skandalen seine Wahlchancen trüben würde. Bei den WählerInnen kommt das bisher an, auch weil er ein Liebling der Medien ist und von diesen als «politischer Außenseiter» zum «Anti-Le-Pen» aufgebaut wird. Ein genauer Blick auf den Kandidaten der «Bewegung» «En Marche!» sowie auf seine Unterstützungsnetzwerke lassen diesen jedoch in einem ganz anderen Licht erscheinen. Anders als sein Image und seine Wahlkampagne vermuten lassen, verkörpert Macron eben genau jene Melange aus Staatsbürokratie und Hochfinanz, kurz jenes System, das er zu «revolutionieren» verspricht. Sein Programm und seine mächtigen Seilschaften weisen ihn als wichtigen Akteur jener gesellschaftlichen Strömung aus, die seit mehr als 40 Jahren versucht, Frankreichs Gesellschaft radikal entsprechend den Imperativen der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Anforderungen des Kapitals umzugestalten. Die sogenannten Modernisten, zu deren Vordenkern unter anderen Jacques Delors gehörte, waren die treibenden Kräfte, welche die neoliberale Wende der ersten sozialistischen Regierung 1984 unter François Mitterrand eingeleitet haben (Schneider 2017; Steinhilber 1997). In der Bewegung «En Marche!» tauchen diese Kräfte nun in einer neuen Formation wieder auf, allerdings mit nahezu den alten Rezepten und politischen Thesen. Mit einem «Genossen der Bosse» an der Spitze, einem, der scheinbar über den Parteien steht und sowohl ausreichende Entschlossenheit als auch die notwendigen Kenntnisse, Kompetenzen und Kontakte mit sich bringt, soll nun das Land reformiert und sollen die noch vorhandenen solidarischen und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen zerstört werden. Erneut stützen sich die Modernisten auf die Analysen und Thesen von Anthony Giddens, scheinen jedoch aus Erfahrungen in der Vergangenheit gelernt zu haben. Denn während sich die «Deuxième Gauche» in der französischen Sozialdemokratie nie ernsthaft durchsetzen konnte, erscheint nun die Krise des politischen Systems und der Niedergang der Sozialdemokratie als Möglichkeit, eine eigenständige politische Form anzunehmen.

Emmanuel Macron gefällt sich sehr in der Rolle des kosmopolitischen, liberalen und dynamischen Präsidentschaftskandidaten. Seine Pro-EU-Position steht nicht nur im Gegensatz zur Anti-EU-Rhetorik von Marine Le Pen, sondern weicht auch stark von den Haltungen seiner anderen Mitbewerber ab. Er wird, folgt man den Umfragewerten, vermutlich Frankreich und Europa vor dem Wahlsieg des Front National und damit eines reaktionären und autoritären Populismus bewahren. Damit verweist Emmanuel Macron auf die Krise des «progressiven Neoliberalismus», die er in gewisser Weise verkörpert, aber nicht zu überwinden vermag. Denn die Wahl von Macron zum nächsten Staatspräsidenten der V. Republik und die Umsetzung seines Wahlprogrammes werden die verschiedenen Krisenmomente in Frankreich nicht lösen. Eine Realisierung seiner Reformvorhaben hätte vermutlich vielmehr eine Vertiefung der sozialen Spaltung der französischen Gesellschaft zur Folge und würde die Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten mittelfristig wohl eher verstärken. Denn gerade im Erfolg von Emmanuel Macron zeigt sich der weiterhin enorme Einfluss der staatsbürokratischen und ökonomischen Netzwerke, zu denen Macron seit seiner Zeit an den französischen Elitehochschulen gehört und die unabhängig von den beiden bisher entscheidenden Parteien, den Sozialisten und den Konservativen, existieren. Obwohl Emmanuel Macron in seinem Programm zu einer «demokratischen Revolution» aufruft und vorgibt, die politische Krise in Frankreich bekämpfen zu wollen, ist er selbst Ausdruck ebenjener Krise. Erst die inhaltliche Annäherung der ehemals beiden großen Staatsparteien und «ihre Wandlung in bloße Kanäle der Popularisierung und Propagierung einer staatlichen Politik, die zum großen Teil außerhalb von ihnen entschieden wird» (Poulantzas 2002: 169), machen einen solchen Politikertypus wie Emmanuel Macron überhaupt möglich.

LITERATUR

- Artus, Ingrid (2010):** Die französischen Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise: Zwischen Dialogue Social und Basismilitanz, in: WSI Mitteilungen 63(9), S. 465–472.
- Bourdieu, Pierre (2004):** Der Staatsadel, Konstanz.
- Denord, François/Lagneau-Ymone, Paul (2017):** Les vieux habits de l'homme neuf, in: Le Monde diplomatique, März 2017, S. 6.
- Deppe, Frank (2010):** Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert. Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung? Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Bd. 4, Hamburg.
- ELABE (2017):** Présidentielle 2017: Sondage ELABE pour Les Echos et Radio Classique, 2.3.2017, Paris.
- Fraser, Nancy (2017):** Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62(2), S. 71–76.
- Giddens, Anthony (1999):** Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony (2001):** Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony (2008):** Acht Thesen zur Zukunft Europas, in: König, Helmut (Hrsg.): Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität, Bielefeld, S. 39–69.
- IPSOS (2016):** Fractures Françaises 2016, Paris.
- Keslassy, Eric (2010):** Les classes populaires dans l'enseignement supérieur, Paris.
- Kocka, Jürgen (2017):** Alte und neue Konfliktlinien im Kapitalismus: Was kann, was soll Sozialwissenschaft leisten?, in: WSI-Mitteilungen 70(2), S. 149–154.
- Macron, Emmanuel (2011):** Les labyrinthes du politique. Que peut-on attendre pour 2012 et après?, in: Esprit 373 (3/4), S. 106–115.
- Macron, Emmanuel (2017):** Emmanuel Macron président. Programme, Paris.
- Mauduit, Laurent (2017):** Le patronat héberge discrètement Emmanuel Macron, unter: www.mediapart.fr/journal/france/070416/le-patronat-heberge-discretement-emmanuel-macron?onglet=full.
- Nachtwey, Oliver (2009):** Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party. Göttinger Studien zur Parteilorschung, Wiesbaden.
- Pernot, Jean-Marie (2010):** Die Gewerkschaften in Frankreich. Geschichte, Organisation, Herausforderungen, Berlin.
- Poulantzas, Nicos (2002):** Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg.
- Schneider, Étienne (2017):** Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro, Hamburg.
- Schneider, Étienne/ Syrovatka, Felix (2017):** Der 5-Präsidenten-Bericht – die Vertiefung der europäischen Integration und ihrer Widersprüche? in: Leviathan 45(1), S. 55–80.
- Silbert, Nathalie (2017):** Aux origines du phénomène Macron, in: Les Echos Weekend, 27.1.2017, S. 15.
- Steinhilber, Jochen (1997):** Frankreich: Schlanke Marianne?, in: Bieling, Hans-Jürgen (Hrsg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, Opladen, S. 89–120.

Syrovatka, Felix (2016a): Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise, Wiesbaden.

extumfluss

Syrovatka, Felix (2016b): Rückkehr nach Reims? Frankreichs Sozialdemokratie im freien Fall, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2016, S. 30–37.

Syrovatka, Felix (2017): Die Krise der französischen Gewerkschaften. Online-Dossier zu den französischen Präsidentschaftswahlen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Zürn, Michael (2016): Jenseits der Klassenfrage. Neue Konfliktlinien zeigen sich in Europa, der Türkei und Amerika, in: WZB-Mitteilungen Nr. 154, S. 7–10.